

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Nech'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Wiefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Wiefinger in Neuenbürg.

№. 14

Dienstag den 19. Januar 1932

90. Jahrgang

Verschiebung der Lausanner Konferenz

Eine Haas-Erklärung

Paris, 18. Jan. In einer sichtlich offiziellen Charakter tragenden Ansprache erklärt die Agentur Haas unter Hinweis auf die gegenwärtig zwischen den am Youngplan interessierten Mächten geführten diplomatischen Verhandlungen und insbesondere den heutigen Besuch des deutschen Botschafters bei Ministerpräsident Laval:

Wegen der Wahlen, die im Laufe des Jahres in Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten stattfinden sollen, verbreitet sich in den interessierten internationalen Kreisen immer mehr die Ansicht, daß man gegenwärtig unmöglich zu einer detaillierten endgültigen Lösung des Reparations- und Kriegsschuldenproblems gelangen kann. Man scheint jetzt in Paris und London darüber einig zu sein, für Deutschland das am 1. Juli 1932 ablaufende Hoover-Moratorium lediglich zu erneuern und unter gleichen Bedingungen für sechs Monate oder 1 Jahr zu verlängern. Gleichzeitig würden die europäischen Schuldner der Vereinigten Staaten, die Gläubigeransprüche an Deutschland haben, in einer gemeinsamen Erklärung

für ihre Rechnung von der amerikanischen Regierung als Bedingung und während der Dauer des neuen Deutschland zu bewilligenden Moratoriums gleiche Behandlung fordern. Wenn die Verhandlung auf dieser Grundlage zwischen den Unterzeichnern des Youngplans auf diplomatischem Wege erzielt werden kann, wird die Lausanner Konferenz vorläufig gestandlos werden, da der Kern des Problems nicht vor Ablauf des Jahres von den interessierten Regierungen erörtert werden wird. Unter diesen Umständen könnte eine Zusammenkunft von Finanzfachverständigen für die Ausarbeitung eines zwecks stillschweigender Verlängerung des laufenden Hoover-Moratoriums notwendigen Abkommens genügen.

Mussolini fährt nach Lausanne

London, 18. Januar. Die italienische Regierung hat in London wissen lassen, daß Mussolini persönlich nach Lausanne gehen werde, wenn MacDonald an der Konferenz teilnehme. Informelle Besprechungen sind im Gange, deren Ergebnis noch nicht vorauszusagen ist.

der vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 ausgesprochene Verbot des Tragens von Abzeichen nicht mehr für Madeln, Kofetten und ähnliche kleinere Abzeichen in der Form und Größe wie sie bisher bei politischen Vereinigungen üblicherweise getragen wurden.

Dr. Oberfohren zu den politischen Tagesfragen

Kassel, 18. Jan. Bei einer Reichsgründungsfeier der Kasseler Deutschnationalen hielt der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren, eine Ansprache, in der er u. a. sagte, die „nationale Opposition“ mache der Reichsregierung und vor allem dem Reichskanzler den Vorwurf, daß sie durch ihre Aktion, die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg auf parlamentarischem Wege zu verlängern, die ehrwürdige und vom deutschen als Symbol empfundene Figur des großen Oberführers verkleinert habe.

Zur außenpolitischen Frage führte Dr. Oberfohren aus, daß es mit dem Worte des Reichskanzlers, Deutschland könne keine Tribute mehr zahlen, allein nicht getan sei. Das Wort müsse daraus ergänzt werden: Wir wollen keine Tribute mehr zahlen. Wir haben es auch nicht mehr nötig, denn was in der Lausinger-Rote von 1918 gefordert worden ist, hat Deutschland reiflos erfüllt; ja nach der rechtlichen und tatsächlichen Seite hätte Deutschland sogar das Recht, von Frankreich nicht nur erhebliche Beträge zurückzufordern, sondern auch die Teilnahme an der Abrüstungskonferenz zu verlangen, weil die maßgebende Forderung, Gewährung von Wehrfreiheit und Wehrleichheit, von der Abrüstungskonferenz nicht erfüllt werden würde. Die Kriegsschuldfrage müsse in offener Form widerrufen werden.

Oberleutnant Fabry gegen die Rüstungsfreiheit

Paris, 18. Jan. Der Vorsitzende des Heeresauschusses der Kammer, Abg. Oberleutnant Fabry, der neben Paul Boncour als Mitglied der französischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz genannt wird, hat im „Temps“ zu der Abrüstungsfrage Stellung genommen und erklärt: Wenn das Ergebnis der Genfer Beratungen die Rüstungsfreiheit sein sollte, würden die Nationen binnen kurzem zwischen dem Bankrott oder dem Krieg zu wählen haben. Der Versailler Vertrag hat die Rüstungsfreiheit verweigert. Er hat sie weder für die Mitgliederstaaten des Völkerbundes zulassen wollen, die sich verpflichtet, ihre Rüstungen auf ein vereinbartes Mindestmaß herabzusetzen, noch namentlich für Deutschland und seine Verbündeten, deren in den Verträgen festgelegtes Militärfutur den ruhenden Pol und das Vergleichselement des dreier definierten Systems darstellt. Die Abrüstungskonferenz muß an diesem Programm und an diesem System festhalten.

30 000 Menschen vom Verkehr abgeschnitten

New York, 18. Januar. Im Gebiet des Tullahoma-Flusses im Estado Mississippi ist es zu einer Hochwasserkatastrophe gekommen, die unheimliche Ausmaße angenommen hat. Nach den frühen Regenfällen der letzten Tage ist neuerdings ein Damm, der dem Druck der Wassermassen nicht mehr standhalten konnte, gebrochen. Durch den Dammbruch wurden viele Landstrecken überschwemmt und eine Reihe von Dörfern und einzeln liegende Farmen unter Wasser gesetzt. Eine große Anzahl von Personen, deren Zahl infolge der Unterbrechung der Verbindung noch nicht feststeht, ist ertrunken, da infolge der Möglichkeit, mit der die Katastrophe herbeibrach, eine Rettung nicht mehr möglich war. In den von den Wasserfluten überfluteten Orten spielten sich erschütternde Szenen ab. Man schätzte die Zahl der in Mitleidenschaft gezogenen und zum größten Teil von der Außenwelt abgeschnittenen und vom Hunger bedrohten Menschen bisher auf 30 000. Der Gouverneur des Staates und die lokalen Behörden haben in aller Eile eine Hilfskommission organisiert, zu der auch Militär, das rote Kreuz und Flugzeuge eingesetzt werden.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Seite über deren Raum 25 Zeilen, Restausgabe 30 Zeilen, Kollektionsanzeigen 100 Zeilen, Offerte und Auktions-erläute 20 Zeilen. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachvertrages ebenfalls nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Bestimmungen außer Kraft. Vertriebsstand für beide Teile in Neuenbürg. Für teile, Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Ersetzt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Die Falle von Lausanne

Von Dr. Adolf Scheffbuch, Stuttgart.

Die bevorstehende Abreise der deutschen Abordnung nach Lausanne lenkt schon heute die Aufmerksamkeit angegeblicher Menschen auf die kommenden schicksalsschweren Tributverhandlungen. Berechnungen werden angeestellt, Hoffnungen werden ausgesprochen, Ziele werden aufgerichtet und Wege festgelegt. Aber es werden auch Reize gespannt und Fallen gestellt. Es wird bereits im Trüben geschauert und lodender Köder zubereitet. Man hofft auf feindlicher Seite, das unabhängige deutsche Volk doch noch lebend einzufangen.

Als der deutsche Reichskanzler dem englischen Botschafter Sir Dora Russell am 8. Januar die eindeutige Mitteilung vom „Ende der Reparationen“ machte, schloß sich in Deutschland mancher Brust befreit von einem drückenden Alp, hatten Wahrheit und Klarheit über „Tatli“ gelehrt. „Am Rande des Zusammenbruchs“ war „ein Spielraum für andere Überlegungen überhaupt nicht mehr gegeben“ (Dr. Brüning). Und doch besteht dringende Veranlassung, das freudig bewegte deutsche Volk darauf hinzuweisen, daß noch keine Schlacht gewonnen ist, daß vielmehr mit dieser Erklärung des Herrn Reichskanzlers erst das Signal gegeben ist zum entscheidenden Ringen, dessen Ausgang noch völlig im Dunkeln ist. Es steht die ernste Frage vor uns auf, ob Volk und Regierung für die Entscheidung moralisch gerüstet sind, bereit zum Kampf, bereit zum Aushalten trotz neuer Schläge, bereit zum letzten Witz. Nur allzu oft ist der Kavaliere bisher eine Schamade gefolgt.

Frankreich ist gerüstet. Vom militärischen ganz abgesehen; Frankreich geht publizistisch und diplomatisch bestens vorbereitet in den Kampf. Bei der Unsicherheit seiner Verbündeten sucht es wohl einen Entscheidungsmoment in offener Feldschlacht um jeden Preis zu vermeiden. Statt dessen soll ein Ränkepiel beginnen.

Gebräuchen wir zwei Bilder. Deutschland gleicht dem Fisch im kleinen Tümpel, dessen Wasser täglich mehr vertrocknet. Er will dem sicheren Tod entfliehen und strebt dem Ausgange zu. Der Fischer aber will ihn lebend fangen, was nicht ihm der Kadaver. Er öffnet den Abgangskanal und gibt dem Wasser Strömung. Doch nicht ins Freie führt der Weg; er führt ins längst gesammte Netz. — Dem Edelwild gleicht Deutschland, das der Dünge treibt, die enge Umringelung zu durchbrechen. Wie schädigt es den Baum, wie blüht es aus tausend Wunden! Man öffnet ihm ein Tor... Doch nicht ins Freie führt der Weg, sind doch die Schlingen längst gelegt, die Fallen schon gestellt.

Nicht umsonst verhandelt Frankreich seit Wochen in zähem Bemühen mit Veltter Hof, dem englischen Finanzfachverständigen. Mit wachsender Sorge sieht es, wie Deutschland verweigert an den „gebilligten Beträgen“ rüttelt, an jenen „unfried“ungen, die zum deutschen „Friedhof“ werden sollen. Welchen Schaden das bolschewistische Tier nicht anrichtet! Die Vereitigung der Bindungen und Schranken — so heißt es in Frankreich — töte das Vertrauen und vernehme damit das Uebel. Als ob die Aufrichtung der Schranken ein Auslöser von Vertrauen war! Als ob die knappen Wechselkurse der Not ein Ende hätten machen wollen! Als ob die hegerische Jagd im Revier ein Bild des Friedens wäre!

Man wird uns in Lausanne ein Fürlein öffnen. Man wird uns die bedingten (geschützten) Zahlungen erlassen — unter der Bedingung, daß Amerika das „Te abfolvo“, das „Los von allen Schulden“ spricht. Doch die Schlingen sind schon gelegt. Die Wirklichkeit sorgt von selbst dafür, daß aus diesem „bedingten Fall“ eine „unbedingte Falle“ wird. Man will uns lebend fangen, was nicht ihnen ein Kadaver. Obwohl die jährlichen Youngzahlungen selbst nur die Zinsen unserer 34 Milliarden Goldmark betragenden Tributschuld darstellen, kann Deutschland nicht einmal ein Drittel dieser Zinsen zahlen, nicht einmal jene 60 Millionen Mark, auf die man „unbedingt“ gerechnet hatte als Taschengeld zur Erhöhung des eigenen Lebensgenusses. Dandelte es sich bei der Lösung des Krieges „l'ennemi payera tout“ nicht um „gebilligte Hoffnungen“? — Nein, Frankreich wird nie und nimmer verzichten, wohl aber — stunden, sofern es nur Zinsen von diesen Zinsen erbt.

Am Lebensfaden scheint es sich bei diesem Geplänkel zu handeln. Es geht aber um die Hauptsache: um Einstellung oder Fortsetzung der politischen Zahlungen, um die Anerkennung des Youngplans oder um seine Vereitigung. Nicht wie es uns im Augenblick trifft, sondern wie es auf die Zukunft gesehen werden muß, darauf kommt es an. Wollen wir das papierene Kreditgebäude politischer Verpflichtungen und Anrechte weiter in die Höhe türmen, obwohl die Kreditunterlage, der deutsche Wohlstand, längst geborsten ist? Wollen wir den für Tributzwede aufgenommenen 12 Milliarden Mark Auslandsschulden neue Schuldscheine hinzufügen? Hat sich nicht der Wert dieser Schulden infolge des Preissturzes (nach den Feststellungen des „Beratenden Sonderausschusses“ in Basel) binnen kurzem um 4 1/2 Milliarden Mark erhöht? Hat nicht Deutschland damit eine zusätzliche Tributleistung von dreierdiger Schwere auf sich genommen? Droht nicht Frankreich in diesen Tagen mit Auszug der Kreditkonten, deren Verlust (insgesamt 60 Millionen Mark) unseren Gold- und Devisenbestand auf 500 Millionen Mark herabmindern und uns damit launfähig machen soll?

Es bleibt uns dagegen nur noch eine zugkräftige Waffe. Man hat dies bei Annahme des Dawesplans selbst auf Regierungsseite mit Nachdruck betont. Wir stehen den feindlichen Anmachungen keineswegs machtlos gegenüber. Auch wir haben Trümmer in der Hand bzw. können Schwach bieten. Das neutrale wie das ehemals feindliche Ausland hat Geld bei uns liegen. Gleich einem Geschäftsmann, über dem ein Vergleichs-

Reichsratsentschließung über Reichsausgaben und Schuldendienst

Berlin, 18. Jan. Die Ausschüsse des Reichsrats verhandelten am Montag über den berichtigten Haushalts des Reiches und schloßen nach ausführlicher Erörterung eine eingehende Entscheidung über die allgemeine Finanzlage, die Donnerstag in der Plenarsitzung bekanntgegeben wird. Der Generalberichterstatter des Reichsrats für den Reichshaushalt, Ministerialdirektor Dr. Bredt, dessen Vortrag die Verhandlungen einleitete, hat dem Reichsrat eine Entschlußfassung über die Ausgaben des Reiches 1931 und früher mit besonderen Bemerkungen über den Schuldendienst vorgelegt, aus der wir folgendes entnehmen:

Während der normale innere Schuldendienst des Reiches infolge der Inflation und der geringen Anwertungen (bei der mehr als 100 Milliarden RM innere Kriegsschulden ganz ausgefallen sind) nur 185 Millionen RM jährlich beträgt, wendet Frankreich für den normalen inneren Schuldendienst jährlich mehr als 3 Milliarden Reichsmark (18 Milliarden Franken) auf, England sogar nach altem Kurs 6 Milliarden RM (500 Millionen Pfund, nach heutigem Kurs etwa 1 1/2 Milliarden Reichsmark). Beide Länder sind im Gegensatz zu Deutschland in der Lage, ihren inneren Gläubigern diese großen Beträge zur Verfügung zu stellen. In Frankreich und England macht, wie das Statistische Reichsamt berechnet hat, der innere Schuldendienst etwa 28 v. H. der öffentlichen Ausgaben aus, in den Vereinigten Staaten und Italien etwa 22 v. H., in Deutschland dagegen nur 4,2 v. H. Von den Steuerleistungen kommt also in Frankreich mehr als ein Fünftel, in England sogar mehr als ein Viertel den inneren Staatgläubigern zugute! Dieser Kreislauf wird bei dem Vergleich der Steuerleistungen regelmäßig überleben. Während die inneren Kriegsschulden Deutschlands an und für sich einen jährlichen Schuldendienst von mindestens 6 Milliarden Reichsmark erfordern hätten, hat das deutsche Volk aus Not, weil keine Mittel für einen solchen Schuldendienst vorhanden waren, mehr als 100 Milliarden Reichsmark an inneren Kriegsschulden auf einmal hergegeben. Es hat daneben noch nach deutscher Berechnung 68 Milliarden Reichsmark, nach Rechnung des Washingtoner Instituts of Economics 37 Milliarden Reichsmark an äußeren Kriegsschulden getragen, davon unbesritten über 12 Milliarden in bar, während die deutschen inneren Kriegsschuldner in der gleichen Zeit höchstens 2 Milliarden erhalten haben. Daraus erklärt sich die Verzerrung und insbesondere die Kapitalnot, unter der wir leiden.

Halblose Gerüchte über die Rassenlage des Reichs

Berlin, 18. Jan. Durch verschiedene Zeitungen geht die Nachricht, daß infolge unglücklicher Rassenlage des Reiches beabsichtigt sei, die Gehälter der Reichsbeamten zu kürzen oder nicht voll auszusahlen. Diese Nachricht ist aus der Luft gegriffen. Es scheiden in der Reichsregierung keinerlei Ermögungszu in dieser Richtung.

Der Termin der Reichspräsidentenwahl

Berlin, 18. Jan. Zu der Meldung eines Berliner Abendblattes, daß die Wahl des Reichspräsidenten wahrscheinlich am 28. Februar erfolgen werde, können wir mitteilen, daß die Bestimmung des Termins durch den Reichstag in Geheimsitz erfolgen muß; das ist bisher noch nicht geschehen. Infolgedessen sind auch die Behauptungen unzutreffend, daß den Behörden bereits Anweisungen zugeworfen seien, Vorbereitungen für die Reichspräsidentenwahl zu treffen.

Abzeichenverbot aufgehoben

Berlin, 18. Jan. Unter dem Datum des 16. Januar wird auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverordnung folgendes verordnet: Vom Inkrafttreten dieser Verordnung ab gilt das im 8. Teil Kap. 2

verfahren schwebt, sollten wir nicht zögern, die Verteidigung jeder ausländischen Forderung solange zu verweigern, bis eine Abmachung zustande gekommen ist, die unser Weiterleben sichert. Wir müssen der Welt klar machen, daß auch sie an Deutschland interessiert ist und daran, was sich in diesen Tagen mit ihm entscheidet. Der 23. Januar wird zum „Allgemeinen Prüfungstermin“ über die Verteidigung der angemeldeten Forderungen. Es ist Sache des Schuldners und seiner Vertrauensleute, das den Tribunen zugrunde liegende Rechtsgeschäft, die Versailler Unterschrift, anzusehen, aus der Unmöglichkeit des Youngplans eine Wichtigkeit herzuleiten und sich so selbst den Weg zu bahnen, der zur Freiheit führt.

Die Erklärung Hitlers an Brüning

München, 18. Jan. Im Anschluß an die Verhandlungen der Reichsregierung wegen der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten hat der Führer der NSDAP, Hitler, dem Reichskanzler eine Erklärung übergeben, die nunmehr veröffentlicht wird.

Hitler erinnert zunächst an seine Besprechungen mit dem Reichskanzler, dem Reichsinnenminister und Staatssekretär Dr. Brüning, in welchen er seine Bedenken gegen die Absicht der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch einen Reichstagsbeschluss vorgebracht habe, und erklärt, seinen Bemühungen sei es gelungen, einen Weg zu finden, der es ermöglicht haben würde, die Person des Reichspräsidenten aus dem deutschen Zusammenhang mit der bezeichneten Aktion zu bringen. Er, Hitler, sei nicht in der Lage, die Aktion des Reichskanzlers als möglich anzusehen, sowohl vom rein verfassungsmäßigen Standpunkt aus, als auch aufgrund einer politischen Überlegung.

Er habe persönlich berechtigte Zweifel, daß eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten zulässig ist, wenn in der Verfassung ein wirkliches Fundament staatlichen Lebens erblickt werden soll. Sollte aber trotzdem die Auslegung, daß eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages entgegen den Bestimmungen der Reichsverfassung einer Volksabstimmung gleichzusetzen ist, angenommen werden, dann müsse seines Erachtens zumindest eine selbstverständliche Voraussetzung erfüllt sein. Die Zusammenlegung des Reichstages müsse den augenblicklichen und wirklichen Willen des Volkes tatsächlich und erweisbar zum Ausdruck bringen. Alle sonst gegen eine Renonciation angeführten Gründe inner- und außenpolitischer Natur könnten niemals ein Verbot zur Verlängerung der Verfassung sein.

Zu der Auffassung des Reichskanzlers, daß die schwierigen außenpolitischen Verhandlungen keine innerpolitischen Wahlen vertragen, bemerkt Hitler, daß das innerpolitische Regiment in Deutschland, dessen Gesamtverantwortlichkeit für die Lage des Reiches seit 12 Jahren man nicht zu bestreiten vermöge, aus inneren politischen Selbstbehaltungsgründen keine Wahlen brauchen könne, während umgekehrt alle außenpolitischen Erwägungen sie gebieterisch erforderten.

Zur künftigen außenpolitischen Erfolge sei unvermeidliche Voraussetzung die innerpolitische Überwindung der weltanschaulichen und parteiischen Zerstückelung, die mit dem November 1918 einsetzte und Deutschland dorthin getrieben habe, wo es sich heute befindet. Er, Hitler, sehe daher in jedem Vorgang, der zur Überwindung des heutigen Systems führen kann, einen außenpolitischen Gewinn Deutschlands. Er sehe darin die einzige Möglichkeit, die deutsche Nation wieder vom Objekt des außenpolitischen Geschehens zu einem wertvollen Mitglied der zivilisierten Staatengemeinschaft zu machen. Die Frage der außenpolitischen Rehabilitation Deutschlands sei somit eine Frage der moralischen Rehabilitation anderer Völker im Innern und damit eine Frage der Überwindung des Systems, das in der Geschichte unerreichtlich verbunden sein werde mit der Periode der inneren und damit äußeren Entwertung unseres Volkes.

Zum Schluß betont Hitler, auch im übrigen sei es noch eine Frage der Moral, ob es erträglich erscheine, jahrelang als Staatsfeind verkannt zu werden, um dann als Mensch zweiter Klasse plötzlich mit dem Eintritt bei einer Wertschätzung wieder zu werden. Auch aus dieser Empfindung heraus müsse er den Vorschlag des Reichskanzlers ablehnen. „Ich bedauere nochmals“, so schließt das Schreiben, „daß der Name Hindenburg in diese Aktion zur Rettung des Systems einbezogen wurde, für den wir Mitschuldiger des großen Krieges als den Generalfeldmarschall unserer Deere unerschütterliche ehrentreue Dankbarkeit empfinden.“

Berlin, 18. Jan. Die von Herrn Adolf Hitler veröffentlichte „Denkschrift“ ist dem Herrn Reichskanzler überreicht worden. Die Reichsregierung wird nicht verfehlen, die darauf zu ertellende Antwort ebenfalls der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Aus Stadt und Land

(Wetterbericht.) In Süddeutschland behauptet sich hoher Barometerstand. Bei ziemlich warmen südwestlichen Luftströmungen ist für Mittwoch und Donnerstag zwar nicht ganz behagliches, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 18. Jan. Die Sozialdemokratische Partei versammelte am Samstagabend ihre Mitglieder im Gasthaus zum „Höfle“ zur jährlichen Generalversammlung. Vorstand Genosse Schädel erstattete den Jahresbericht. In 10 Sitzungen, 7 Versammlungen, darunter 3 öffentlichen und 2 gemeinschaftlichen Sitzungen mit der SPD-Fraktion, deren Verhandlungsgegenstand die Schulpflicht betraf, wurden die sehr umfangreichen Aufgaben erledigt. Einen überwältigenden Eindruck hat die Protestkundgebung gegen die Nationalsozialisten hinterlassen. Trotz des sehr schlechten Wetters ist eine große Menschenmenge unserem Ruf gefolgt, was ein erfreuliches Zeichen für die Arbeiterbewegung ist. Auch mit der Kirchgemeinderatswahl mußten wir uns beschäftigen, die für uns ein befriedigendes Ergebnis zeitigte. Der Mitgliederstand erhöhte sich um 5 Genossen. Die Gemeinderatswahl ist in diesem Jahre etwas ruhiger verlaufen als man angesichts der verworrenen Verhältnisse in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht annahm. Auf die Anregung von Seiten des Ortsvorstehers, seinen Kandidatenkampf zu führen, ist die Parteileitung bzw. Wahl- und Bezirkskommission einseitig deswegen eingegangen, weil ja laut Notverordnung dem Ortsvorsteher jedes Mitglied vorgelassen werden mußte und er es wohl hätte ungenutzt machen können. Viele Organisationen schlossen sich der Bitte des Ortsvorstehers an. Die Kommunistische Partei, die unter allen Umständen ihre vier Sitze eringen wollte, schloß in puncto Kampfmittel keinen „Bündnisvertrag“, weshalb wir den Kampf zu erwidern gezwungen waren. Der Wahlausgang hat uns jedoch nicht befriedigt, trotz einem Plus von 1200 Stimmen gegenüber der Wahl vor 3 Jahren sind uns aufgrund des Verteilungsschlüssels nur 2 Sitze ausgefallen.

Von der Diskussion wurde ausgiebig Gebrauch gemacht. Eine Anfrage, warum eine Väterverbände mit den Kommunisten nicht zustande gekommen sei, wurde dahingehend beantwortet, daß man mit der SPD-Vertretung bzw. einigen Kandidaten in Fühlung trat, diese sich aber nicht schlüssig werden konnte, ja sogar überhaupt nicht im Bilde war. Von verschiedenen Genossen wurde kritisiert, daß gegen die „Bürgerlichen“ nicht vorgegangen wurde, insbesondere hätte u. a. die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, die von dort verschuldet wurde, geachtet werden müssen. Diese Aufhebung würde dadurch sich immer unheilvoller für die Gemeinde auswirken, daß viele unterhaltungsbedürftige Familien der Umgebung versuchen, sich hier aufzufassen zu machen, was zum Teil auch schon gelungen sei. Wenn man auch verstehen könne, daß jeder leben wolle, so sei man doch in erster Linie für ansässige Väterverbände eine Unterstützung schuldig. Die Haltung einiger Gewerbetreibender und Geschäftleute wirkte provozierend gegen die Arbeiterklasse, man scheint sich dort noch nicht im Klaren zu sein, daß die Volkspartei, die man gegen die Arbeiterklasse richtet, letzten Endes im eigenen Rücken endet. Empörung rief es hervor, daß ein Gemeinderat des Gewerbevereins im Sitzungssaal einem unserer führenden Genossen, der leider ein Opfer des Wirtschaftswahnsinn, ja sogar ein Märtyrer der Arbeiterklasse geworden ist, das Recht absprach, mitzureden, da er keine Steuern bezahle. Bemerkenswert ist, daß dieser selbst nur Arbeiter ist. Wer weiß, was für Argumente mitgespielt, daß an Stelle von ihm feinerzeit ein anderer die sozialen Ursachen der Entlassung über sich ergehen lassen mußte? Herr, vergiß ihnen... Ein Vertreter der SPD-Fraktion erklärte noch zum Schluß, daß man nicht bei jedem bürgerlichen Vertreter denselben Maßstab anlegen dürfe, bei einem Teil derselben sei ein gewisses soziales Verständnis nicht abzuleugnen.

Aus Punkt II Bericht von der Wahlkreis-Konferenz ist zu entnehmen, daß dort die Abstimmung über den Spitzenkandidaten zur Landtagswahl zugunsten des Wärters Dr. Schenkel, Zuffenhausen ausfiel. Die Arbeiterklasse im Bezirk Neuenbürg unterlag mit ihrem Kandidaten, Wohl ist Gen. Dr. Schenkel als Führer der religiösen Sozialisten seiner derzeitigen Kandidatur, die vor lauter „Bildungsgrad“ den Kontakt mit der Masse, ja sogar mit der Wirklichkeit verlieren, sondern sieht es als heiligste Aufgabe an, auf dem Wege der Dummanität den Sozialismus, der an sich schon die höchste Religion ist, zu verwirklichen. Das überhandnehmende Sectierertum bedeutet für die Arbeiterklasse die gleiche Gefahr wie der Kapitalismus, denn die Vertreter dieser „Frommen“ lassen in den Parlamenten mit den Gegnern der breiten Masse Beschlüsse mit den furchtbarsten Auswirkungen in Bezug auf die Lebenshaltung und Existenz. Hinterher treten sie mit einer frommen Gebe vor die Kernten der Armen und spenden ihnen Trost. Dieses Pharisäertum gilt es auszumerzen. Dem Genossen Dr. Schenkel, der seinen Idealismus schon bewiesen hat, wurde deshalb Vertrauen geschenkt und die Versammlung ermuntert, alles daranzusetzen, ihm zum Sieg im Parlament zu verhelfen.

Genosse Drolling er erstattete hierauf den Massenbericht. Der Verein verfügt trotz der finanziellen Inanspruchnahme über eine kleine Reserve. Für die tadellose Kasseeinbarung wurde ihm Dank gesagt und Entlastung erteilt. Die Neuwahlen erforderten nicht viel Zeit. Auf Witten älterer Genossen, die alte Verwaltung möge angesichts der großen politischen Aufgaben auf dem Boden bleiben, erklärte sich die Gesamtdirektion schließlich bereit, weiter zu fungieren. Unter Punkt Verschiedenes kamen nur parteipolitische Fragen zur Sprache, vor allem wurde laut, daß hinter die Bewegung von oben herab Druck gesetzt werden müsse. Arbeiter, Kleinbauern, Kleinwerbetreibende gehen zugrunde, wenn nicht bald eine Systemänderung vorgenommen wird. Alle diese unteren Schichten müssen zum Zusammenbruch ausgeräumt werden, niemand dürfe unsere Bewegung als Verpetuum mobile betrachten, jeder müßte seinen Teil zur Verschleppung beitragen, wer kein Rücken sein kann, soll ein Tröpfchen Öl sein, dann kommen wir zum Ziele.

Zum Schluß dankte Genosse Schädel den Anwesenden und schloß die Versammlung mit dem Appell, mitzuarbeiten an unserer Idee.

Birkenfeld, 18. Jan. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ hielt letzten Samstag seine jährliche Generalversammlung im Hotel „Schwarzwaldbaum“ ab. Demnächst Dangelmaier eröffnete die Versammlung mit dem Jahresbericht von 1931. Der Verein hat im vergangenen Jahre ziemlich gut gearbeitet. Es konnten verschiedene gut besuchte Touren veranstaltet werden, abgesehen von gelungenen Veranstaltungen, z. B. Frühlingsfeier usw. Was die Mitgliederwerbung anbelangt, so kann auch hier der Verein einen Erfolg seiner Tätigkeit verzeichnen. Anschließend gab der Kassier den Kassensbericht vom Jahr 1931. Im Punkt III Renonciation wurde eigentlich einiges zu sagen. Die alte Verwaltung wäre eigentlich einig zu sagen. Die alte Verwaltung setzte sich in der Mehrheit aus jüngeren Mitgliedern zusammen und hat nun die neue Verwaltung in dieser Hinsicht eine Umwandlung erfahren, so daß sich dieselbe in der Hauptsache wieder aus älteren Mitgliedern zusammensetzen wird. Unter Punkt Verschiedenes wurde auch die Beitragsfrage angesprochen. Für erwerbslose Mitglieder gibt der Gau im kommenden Jahr Extra-Marken aus im Betrag von M. 3.—, der übrige Beitrag soll in der alten Form wieder beibehalten werden. Mögen auch im kommenden Jahre der Ortsgruppe Birkenfeld wieder Erfolge beschieden sein. Berg-Frei!

Birkenfeld, 19. Jan. Das erste Votalspiel am Sonntag nachmittag auf dem Klubplatz mit Sportklub Freiburg, das von der ersten Mannschaft des 1. FC Birkenfeld mit 9:3 Toren verdient gewonnen wurde, bildete einen schönen Auftakt zu dem im Lokal zum „Löwen“ veranstalteten Familienabend. Das Programm war sehr abwechslungsreich und vielseitig zusammengestellt. Neben Theateraufführungen und gelungenen Einlagen der Sängerkabarett brachte Fräulein Zell-Karlruhe, von Fräulein Derman-Rosenbach gut begleitet, einige passende Lieder mit guter Aussprache und weicher, an-

Beim Nachfüllen von MAGGI-Würze verlangen Sie von Ihrem Händler auch

Es gibt für eine Flasche Nr. 0 1/2 Gutscheine
Nr. 1 2x 1/2
Nr. 2 3x 1/2
Nr. 3 6x 1/2

Auch auf andere MAGGI-Erzeugnisse wie MAGGI-Suppen und MAGGI-Reisbrühwürfel gibt es Gutscheine



Das Märchen von



Ein Liebesroman aus Friedrichsinger Zeit von Paul Hain. Copyright 1931 by Romandienst Digo, Berlin W 31.

Mit sechzehn Jahren hat der Röderich seine Kompanie bei Hohenfriedberg ins Feuer geführt wie ein alter Feldwachtmeister. War damals blutjunger Leutnant, einer meiner jüngsten. Bei Soor hat er mich selber aus dem Getümmel herausgeholt. Man darf so was nicht vergessen.

Es lang beinahe entscheidend dem alten Grafen gegenüber, dessen militärische Strenge bekannt war.

Die letzten Friedensjahre haben ihn etwa verwildert. Über genug davon. Apropos, Graf, das Neueste, was mir gestern einer meiner Geheimkuriere berichtete: Rußland und Oesterreich suchen Fühlung mit Frankreich. Es haben schon Verhandlungen stattgefunden. Maria Theresia kann Schlieffen nicht verschmerzen. Minister Kaunitz ist ihr böser Geist. Und die große Katharina hat nicht vergessen, daß ich sie einmal die „Bielschlebe“ nannte. Segdlich, am Horizont stehen Völkern.

Sein Gesicht sah wie ein Maste aus, verschlossen, hart, unerbittlich.

Segdlich nicht leichtlich:
„Treußen wird sich nicht fürchten, Majestät.“
Zum Teufel, nein, Segdlich, wenn ich erfahre, daß sich das glorreiche Frankreich wirklich mit den beiden Unterhosen vereinigt.

Er hochte einen Augenblick und stieß dann zornig hervor:
„So schlagen wir los, ehe sie sich besinnen! Die Altäre ist immer die beste Defenslinie gemessen! Schlessien geb' ich um einen Preis der Welt mehr her. Schlessien gehört mir!“

Segdlich nickte nur. Er wachte: Dies Jahr sechsundfünfzig hatte von Anfang an noch Krieg gerochen. Es lag etwas in der Luft.

„Kommt, Segdlich, die Sonne meint's zu gut.“
Sie ritten davon.

Ja, die Sonne brannte. Sie kannte nichts von Feindschaft und Bosheit. Sie liebte alle Welt und sah über Rußland und Oesterreich und Frankreich mit der gleichen Wärme wie über Preußen und über Koninksenwerder und Sanssouci mit seinen heimlichen Märchenträumen und süßen Liebespielen.



Siebentes Kapitel.

Benzel Bupplich richtete sich in seinem Bett auf. Mondlicht floh magisch durch das Fenster.
„Da spukt's wieder.“

Er stieß seine Ohrläppchen leise an. Aber auch sie war schon munter. In solchen heißen Sommernächten war das Schlafen durchaus keine so einfache Sache wie sonst.

„Na?“ machte sie. „Wo spukt's denn?“

Er flüsterte: „Im Park. Aber vorerst an der Mauer.“

„Ach Gott — wieder einmal?“

„Wenn das nur gut ausgeht“, meinte Buppich. „Ich bin natürlich stumm. Von mir aus mag der Röderich —“

„Pf, Mann, nicht so laut.“

„Mag er so oft nächtlicherweile über die Mauer klettern, soviel er will. Ich hab' nichts gesehen. Ich werd' mich auch hüten, rauszugehen und nachzusehen. Der weiß schon, warum er gerade hier vorbei passiert.“

„Aber mit wem mag er bloß —“

„He, was regst du dich auf deswegen? 's gibt Unterröde genug im Schloß.“

„Reinst, daß er vielleicht die Prinzessin —“

„Manchmal bist du eine rechte Gans.“

„Pfui, schämte dich!“

„Ich sagte ja bloß: Manchmal!“ betonte Buppich sanft und nicht ohne Firtlichkeit. „Ansonsten bist du das geschickteste Geschöpf auf der Welt.“

„Pf —“

Am Fenster huschten vorsichtige Schritte vorbei. Einen Augenblick lang glitt ein hoher Schattenschirm über die vom Mondlicht weiß lackierte Wandfläche.

„Jetzt ist er vorbei.“

Seine kleine Frau hatte angstvoll vor dem Schattenschirm die Decke bis über die Kalfenpitze gezogen. Nun wagte sie sich wieder hervor und spann ihre Mutmaßungen weiter.

„Oder die kleine Komtesse Segdlich? Du? Freilich, ich könnt' mir gar nicht denken — so ein feines, jartes Wesen.“

„Die Weiberchen sind alle gleich“, erklärte ihr Ehemann und dachte an seine Grenadierzeit. Er hatte schon so seine bestimmten Gedanken. Natürlich, die blonde Komtesse! Daran gabs gar nicht zu zweifeln. Aber was ging es ihn an!

„Nun erreg' dich nur nicht, uns kam's doch egal sein.“

„Ja — du! Und nachher passiert ein Unglück.“

„Unserer Sorge, mein Kind. Schlafe nur wieder ein.“

„Aber ich hab's ja gleich gesagt, wenn der Röderich erst in Potsdam ist, nachher passiert was.“

Bupplich warf sich auf die andere Seite.

(Fortsetzung folgt.)



schweigender Tongebung zum Vortrag. Die Sängerin gewann damit die Herzen der Zuhörer und großer Beifall wurde ihr gesendet, der die Solistin zu Dreingaben und Wiederholungen veranlaßte. Die Chöre des Quartetts, für den Rahmen der Veranstaltung passend zusammengestellt, wurden, wie man es nicht anders gewohnt ist, schön vorgetragen. Herr Müller-Brosch, der Dirigent der Sängerabteilung, trug als Bariton solo die „Uhr“ von Löwe vor. Lebhafter wurde es in den Reihen der Anwesenden während des Bühnenauftritts „Das Weinstockel“ und insbesondere bei der Nummer „Dr Gottlieb lernt's kochen“. Beides waren Glanzleistungen! Meisterhaft haben sich die Darsteller in die Rollen eingelebt. Dadurch folgten auf die mit Söberz und Wis reichlich gespielten Bühnenspielen noch nachfolgende. Starke Beifall belobte die Spieler. So wurde wiederum auch diese Veranstaltung des 1. K.G. Birkensfeld, wie es Herr Stadelmann, der namens der Verwaltung sprach, eingangs erwähnt und wünschte, jedermann zur Freude und zum Genuß.

Calmbach, 11. Jan. (Aus dem Gemeinderat.) An dem genehmigten Ortsbauplan im Gewand Altweien wird festgehalten und die an den Straßen bestehenden Bauverbote aufgehoben. — Die Wahl des Ortsvorstehers findet am 6. März 1932 statt. Zum Tag der Bewerbervorstellung wird der 21. Februar 1932 bestimmt. — Die Mieten in den Gemeindefamilien wurden für Altwohnungen nach der Notverordnung um 10 Prozent der Friedensmiete gesenkt, diejenigen der Neubauwohnungen werden mit Wirkung vom 1. Januar 1932 um 10 Prozent herabgesetzt. — Der weiteren Senkung der Strompreise durch das Elektrizitätswerk stimmt der Gemeinderat zu. — Auch Genehmigung eines Stammholz- und Reifungsverkaufs, sowie sonstiger Verwaltungssachen werden in nächst öffentlicher Sitzung nach Fürsorge, Steuer- und Bürgerfälligkeiten erledigt und die Sitzung am 10. Uhr geschlossen.

Feldrennach, 18. Jan. Der Krankenpflegeverein hielt am gestrigen Sonntag im Bürgeraal des Rathauses seine jährliche Generalversammlung ab, die recht gut besucht war. Der Hauptversammlung ging eine Sitzung des Ausschusses voraus. Herr Lotz, als Vorsitzender des Vereins, begrüßte die Erschienenen und leitete die Versammlung. Der Hauptband gebildet wiederum anderer Krankenpfleger Mina Maier. Dem Tätigkeitsbericht war deutlich zu entnehmen, daß sie sich unermüdet in den Dienst der Kranken stellt und ihre schwere Aufgabe mit viel Fleißbewußtsein und freudiger Dinge erfüllt. Die Versammlung brachte ihr denn auch volle Anerkennung zum Ausdruck. Dem Ausschlußmitgliedern wurde durch einstimmigen Wiederwahl das Vertrauen der Versammlung zum Ausdruck gebracht. Beschlüssen wurde, während der Notzeit die Beiträge zum Krankenpflegeverein zu ermäßigen und zwar sollen diejenigen, die ihren Beitrag am Einzugsstag bezahlen, 25 Pfg. und die übrigen 50 Pfg. zu entrichten haben. Das Inventar des Vereins soll neu aufgenommen und zur Feuerversicherung angemeldet werden. Im Verlauf der Versammlung wurden noch kleinere Gegenstände besprochen. Die Versammlung, die durchweg sehr ruhig verlief, konnte nach zweifundiger Dauer mit dem Dank an alle vom Vorsitzenden geschlossen werden.

Herrnau, 18. Jan. (Vom Sportverein.) Augustin der Winterhilfe hatte das auf den gestrigen Sonntagmorgen andererseits Freundschaftsspiel zwischen H.S. Conweiler und Sportverein Herrnau bei starkem Besuch einen bemerkenswerten Erfolg. Unter den Zuschauern begrüßte Vorstand Vatri insbesondere Bürgermeister Gräß und mehrere Gemeinderäte. Um 1 Uhr begann das Spiel der zweiten Mannschaft und endete Herrnau 3:1. Der Zustand des Rasens namentlich an der Badseite bot erhebliche Schwierigkeiten. Von Beifall begrüßt betraten um 1/3 Uhr die ersten Mannschaften den Rasen. Das Schiedsrichteramt lag in den sorgfamen Händen von Vorstand Vatri. Dieser hielt, von beiden Mannschaften umgeben, eine Begrüßungsansprache, in welcher er vor allem der Stadtvertretung warmen Dank darbrachte für die bewiesene Förderung der Sportbelange. Conweiler zeigte ein gut ausgeglichenes Spiel, trotzdem die Mannschaft erst kurze Zeit sich zusammenfand. Unter der Herrnauer Mannschaft tat sich Hermann Eder hervor. Endergebnis: Conweiler 2:3. Im Vereinsgasthof „Germania“ schloß sich noch eine kurze gesellige Unterhaltung an mit Ansprachen der beiden Vorstände Vatri und Belier, verhöhet durch das beifällig begrüßte Spiel der Kapelle des Sportvereins, gemeinsam gesungene Sport- und Volklieder und zwei gediegene Männerchöre der Kameraden aus Conweiler („Die schönste Maid am Rhein“ und „Freiheit, die ich meine“). Ungefähr 80 RM. konnten der lokalen Wohltätigkeit überwiegen werden. Wir freuen uns des schönen Erfolges der Veranstaltung und erhoffen weitere freundliche Beziehungen zwischen den beiden beteiligten Vereinen.

Wingweiler, 18. Jan. Die früheren Diaarenadiere des Bezirks Neuenbürg fanden sich gestern auf Veranlassung des Bezirksvorsitzenden Bohndorfer Neuenbürg und des Anwalts und Sägerwerkes Ernst Kling-Wingweiler im Gasthaus zur „Sonne“ in Wingweiler zusammen, um einige Stunden gemühtlich und kameradschaftlich zusammen sein zu können. Die Veranstaltung war von allen Seiten recht gut besucht, so daß der große geräumige Saal die Erschienenen kaum zu fassen vermochte. Allenfalls herrschte eine frohe Stimmung und freudige und weniger erkrankte Soldaten-erlebnisse aus Kriegs- und Friedenszeiten wurden gegenseitig ausgetauscht. Anwalt Kling-Wingweiler hielt zur Einleitung eine längere Ansprache, wobei er die Erschienenen herzlich willkommen hieß und seiner Freude über das zahlreiche Erscheinen besonders Ausdruck verlieh. Zum Schluß forderte er auf, das Lied „Auf Kameraden, laßt ertönen“ gemeinsam zu singen. Im Verlauf des Abends wurden noch weitere Neben gehalten vom Bezirksvorsitzenden Bohndorfer und Postinspektor Schür-Neuenbürg, von Herr Lotz, Feldmann und Amtsdienster Kappl-Conweiler. Sämtliche Neben führten durchweg auf Vaterlandsliebe, dem Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Kameradschaft. Die Veranstaltung war umrahmt mit Gesangsvorträgen des Viedertranzes Wingweiler und mit Musikvorträgen Klavier und Geige. Väterlicher Gait-Neuenbürg brachte einige Gesangslied zum Vortrag. Zur Freude aller Anwesenden führte der städtische Dechermeyer Weiß-Neuenbürg verschiedene Präsentiergriffe vor, wie sie vor 1870 ausgeführt wurden. Bemerkenswert war die stromme Haltung und die Gelassenheit und während der alte Soldatenstil, der sich in dem einstigen Grenadier zeigte. Während der ganzen Veranstaltung herrschte eine frohe kameradschaftliche Stimmung, in deren Verlauf Anwalt Kling zum Obmann erhoben wurde. Die Stimmung soll am Schluß derart gehoben gewesen sein, daß man beim Nachhausegehen nur Wenigen noch angemerkt haben soll, daß sie sich zu dem stolzen Regiment der Diaarenadiere gehörig haben. — Möge der gute Geist und die hohe Bestimmung, die bei dieser Veranstaltung vorherrschte, weiter und tiefer Wurzel fassen und möchten aus ihr gute Früchte für Volk und Vaterland gedeihen.

Aufhebung der Wochenmärkte?
Die Reichsregierung hat durch die 4. Notverordnung die Ermächtigung erhalten, wesentliche Bestimmungen der Reichs-erwerbordnung abzuändern bzw. zu ergänzen. Dem Reichs-tag liegt seit Jahren der Gesetzentwurf vor, der aber nicht seine

Zustimmung erhalten hat. Nun beschäftigt man, diesen Gesetzentwurf auf dem Notverordnungsweg durchzuführen. Es ist vorgesehen, die Privatwochenmärkte reichlich den städt. Wochenmärkten gleichzustellen. Ihre Errichtung soll von einer Genehmigung durch die Landesverwaltungs- und Gemeindebehörde abhängig gemacht werden. Die auf den Wochenmärkten bisher freigegebenen Waren sollen in ihren Gattungen fast beschränkt werden. Zugelassen werden sollen nur Erzeugnisse des land- und forstwirtschaftlichen Betriebes. Demnach würden Textilwaren, die bis jetzt auf den Wochenmärkten in sehr starkem Maße vertreten sind, ganz fortfallen. Ebenso eine ganze Reihe von Lebensmittel wie alle Ränderwaren, Milch-erzeugnisse usw., alle Gebrauchsgegenstände, wie Duschhafterartikel, Porzellan, Emaillewaren, Seifen usw. Diese tiefgreifenden Änderungen würde die Errichtung fast aller Wochenmärkte gefährden und schätzungsweise 30-40.000 Händler mit ihren Familien und den vielen Angestellten existenzlos machen. Für das ganze Reich würde es sich um hunderttausende von Händlern handeln, die mit der Durchführung dieser Notverordnung existenzlos werden.

Württemberg

Agendbach, 18. Jan. (Epistole Kinderlähmung.) In einer hiesigen Familie wurden zwei Fälle spinaler Kinderlähmung festgestellt. Die beiden Kinder, 7, und 1 1/2 Jahre alt, kamen in die Tübinger Klinik.

Heilbronn, 18. Januar. (Eine Bauarbeiten-Versammlung.) Am Donnerstag war hier eine Versammlung von Bauarbeiten der „Neuen Bauarbeiten G. m. b. H.“ in Württemberg. Es handelt sich darum, von der Leitung der Rasse Bauarbeiten zu erhalten über den heutigen Stand des Werkes und über das Verhältnis der Rasse zum Reichsausschuß. Die Versammlung beschloß einstimmig eine Eingabe an das Reichsausschußamt und die in Frage kommenden Reichs- und Landesbehörden, in der die Bitte ausgesprochen wird, jede Hinderung des Vollbetriebes der Rasse, so bald als möglich zu beseitigen.

Lauffen a. N., 18. Januar. (Aus dem Gemeinderat.) Die vom Oberamt Befehlsmann empfohlene Erhöhung der Fahrgehaltspflicht für Fahrzeuge aller Art innerhalb Orens von bisher 10 Km. auf 20 Km. wurde vom Gemeinderat abgelehnt. Wegen des Baues einer Umgehungsstraße soll abermal ein Vorstoß bei der Regierung unter- nommen werden. Der Gaspreis wird um 1 Pfennig pro Kubikmeter von 22 auf 21 Pfennig herabgesetzt.

Reutlingen, 18. Jan. (Die Lohnunterschiede bei Solamander.) Die Zehnhändler der Solamander R.G., die in der vergangenen Woche die Einstellung der Arbeit beschlossen, sind heute morgen nicht zur Arbeit erschienen. Jetzt finden in Stuttgart Verhandlungen statt, um zu einer gütlichen Beilegung des Streikfalles zu kommen.

Stuttgart, 17. Jan. (Der abgebliebene Raufkampf.) Samstag nacht gegen 2 Uhr wurde ein Mann in Hofen auf seltsame Weise schwer verletzt. Bei einer Kauferei wurde ihm die Nase zerbrochen, jedoch er schnell ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Der Täter, der von der Polizei verhaftet wurde, schildert die Tat als Notwehrhandlung. Er sei von zwei Brüdern auf dem Heimweg verfolgt worden. Vor seinem Hause hätten ihn die Verfolger gestellt und mit einem Stein geschlagen. Bei der nachfolgenden Kauferei habe er sich nicht anders wehren können, als daß er einen der Angreifer ins Gesicht biß. Der Verletzte hat noch eine Wunde am Kopf, die durch einen Schlag mit einem Haus Schlüssel erfolgt sein soll.

Stuttgart, 18. Januar. (Zur Landtagswahl.) Die Generalversammlung der Sozialdemokratischen Partei des 2. württ. Wahlkreises stellte als Spitzenkandidat für die kommenden Landtagswahlen wieder den Landtagspräsidenten Pfäfer an erster und den Abg. Metzger an zweiter Stelle auf.

Stuttgart, 18. Jan. (Neue Leitung der Kommunistischen Partei.) Die Geschäftsleitung der Kommunistischen Partei in Württemberg veranstaltete am Samstag und Sonntag eine Vollversammlung, in der zu den theoretischen und praktischen Fehlern und Schwächen der württ. Parteiorganisation Stellung genommen wurde. Insbesondere bei den letzten Gemeinderatswahlen traten, wie die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ berichtet, die opportunistischen Abweichungen und Schwankungen von der Generallinie der Partei in Erscheinung. Als ein Hauptfehler der württ. Parteiorganisation wird bezeichnet, daß sich der Kampf hauptsächlich gegen die Nationalsozialisten und nicht gegen die Sozialdemokratie richtete. Das Streben der Partei soll nun herumgerichtet werden. Es wurde deshalb eine Änderung in der Leitung der württ. Parteiorganisation einstimmig beschlossen. Der Abg. Schaffner soll anderweitig verwendet werden und der Abg. Schmitt als Organisationsleiter abberufen und Bekmann seiner Funktion als Agitations- und Propagandaleiter enthoben werden. Außerdem wurden einstimmig Beschlüsse zur Reorganisation des Bezirks in der Richtung der Entfaltung einer höheren Initiative der Unterbezirksleitungen getroffen.

Wachnang, 18. Januar. (Todesfall.) Im 87. Lebensjahr starb Dehan Dr. Köllin, der von 1897-1921 erster Stadtpfarrer in Wachnang war, nachdem er zuvor als Dehan in Waslofen, Heiler und Stadtpfarrer in Langenau und Pfarrer in Langenau gewirkt. 1904-1906 gehörte er als Vertreter für Waslofen der evangelischen Landesynode an. Von Gründung des evangelischen Bundes an war er lange Jahre Führer in Württemberg. 1896 war er Mitkämpfer, 1870 reorgan. Feldprediger. Köllin war ein geistlicher Kanjettredner, Gesundheitsforscher und theologischer Schriftsteller und ist durch die Herausgabe seiner Leitfäden für das Alte und Neue Testament, sowie eines Soldaten für die Kirchengeschichte zum Gebrauch für die höheren Schulen in weiteren Kreisen bekannt geworden.

Walldorf, 18. Jan. (Todesfall.) Im 87. Lebensjahr während des Götterdienstes. Ein fast unglücklicher Vorfall spielte sich gestern vormittag in der hiesigen Kirche ab. Während des Hauptgottesdienstes erlitt nach der Wandlung plötzlich ein Schach, was unter den Kirchenbesuchern eine ungeheure Aufregung hervorrief. Es stellte sich heraus, daß ein 14-jähriger Junge mit einem Revolver, der mit drei Patronen geladen war, gespielt hatte und der Schuß unversehens losgegangen war. Auch ein Zeichen der Zeit!

Protestversammlung der staatlichen Forstarbeiter

Ellwangen, 18. Jan. Gestern fand hier eine vom Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer einberufene Versammlung der Staatsforstholzhauer statt, die einen sehr starken Besuch aus dem Forstamtsbezirk des Jagstkreises aufwies. Die Ursache der Versammlung war die Vornahme der neuen Lohnabgabe in den Staatsforsten. Weiterhin beschäftigte sich die Versammlung auch mit den Wahlen der Arbeitnehmervertreter zu der Landwirtschaftskammer. Verhandlungsführer Högler gab einen Überblick über die Fragen des Lohnabbaus und der Landwirtschaftskammerwahlen. Landtagsabgeordneter Wengler nahm eingehend Stellung zu den aufgeworfenen Fragen, insbesondere der Gestaltung der Lohnabgabe und die ihm vom Finanzministerium gegebene Antwort. Die Aussprache gestaltete sich sehr lebhaft. Zur einstimmigen Annahme gelangte eine Entschlüsselung, in der festgestellt wird, daß der wiederholt vollzogene Abbau der Stunden- und Akkordlöhne bei den württ. Staatsforstholzhauern des Maß des sonstigen Lohn- und Gehaltsabbaus weit übersteigt. Durch die Abzüge vom 1. März 1931

Billig und gut kaufen Sie
Trikotagen
Köhler's Schülper
Benger's Ribana
Dr. Lakmann's Väterwäse
bei
Pforzheim Fritz Schumacher Neuenbürg

mit durchschnittlich 6 Prozent und ab 1. November 1931 in Höhe von 16-17 Prozent sind die Stundenlöhne vom Juli 1925 bereits unterschritten worden. Rund 90 Prozent der Arbeiter sind in Akkord beschäftigt und es liegen hier noch weitergehende Lohnfälligkeiten der Akkordlöhne, zum Teil bis 60 Prozent, vor. Obwohl der Lohnstand vom 10. Januar 1927 wesentlich unterschritten ist, verfügte das württ. Finanzministerium unter Berufung auf die 4. Reichsnotverordnung eine erneute Lohnfälligkeit von 10 Prozent. Während die Entscheidung des Schlichters und die Höhe der Lohnfälligkeit ab 1. November 1931 mit 16-17 Prozent im wesentlichen erfolgte unter dem Gesichtspunkt der württ. Beamtenregelung - allerdings ohne eine Freigrenze nach unten - wird jetzt vom württ. Finanzministerium im Gegensatz zur Regelung bei den württ. Beamten jede Einrechnung der hohen Vorabzüge abgelehnt. Die zahlreich versammelten Holzholzhauer erleben energisch Protest gegen die Ungerechtigkeit des erneuten Lohnabbaus in den württ. Staatsforsten, der in seinem Verhältnis steht gegenüber den anderen Abbaumassnahmen. Die Holzholzhauer müssen diese Art der Anwendung der Notverordnung im Vergleich zu den Beamten als mit spezieller Rücksicht ansetzen. Neben dem Lohnabbau 1931 bis zu 43 Proz. kommt in Betracht die starke Einschränkung des Holzschlages infolge der Wirtschaftskrise. Dadurch erhalten die Holzholzhauer durchschnittlich nur zwei Fünftel der Arbeitstage gegenüber den früheren Jahren. In Verbindung damit werden die Lohnabzüge in der vorgenannten Höhe als doppelt schwer empfunden. Grenzlose Not und Erbitterung halten immer mehr bei den Forstarbeiterfamilien Einkehr. Die Versammlung verlangt eine Berücksichtigung der völlig darniederliegenden Lage der Forstarbeiterfamilie. Sie beauftragt den Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer mit der nachdrücklichsten Verfolgung der Lohnsache, um eine Befreiung der übermäßigsten Kürzungen zu erreichen. Die Öffentlichkeit wird um eine Unterstützung der gerechten Belange der württ. Forstarbeiterfamilie gebeten.

Im Anblich an die am Sonntag in Ellwangen abgehaltene Protestversammlung der im Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer (christlich-national) organisierten Staatsforstholzhauer nahm eine Delegation die Gelegenheit der Anwesenheit des Staatspräsidenten Dr. Heß in Ellwangen wahr, um diesem ihre Beschwerden und Wünsche bezüglich der starken Lohn- und Akkordabzüge bei den württ. Staatsforstholzhauern vorzutragen. Der Staatspräsident nahm die vorgetragenen Anliegen entgegen und sagte eine möglichst wohlwollende Behandlung zu.

Handel und Verkehr

Stuttgart, 18. Jan. (Landesproduktionsbüro.) Bei feier Grund- einigung verkehrte der Getreidemarkt in abgeklärter Woche in ab- wärtiger Haltung. Das Geschäft war etwas lebhafter. Es notierten je 100 Kg.: Weizen 22.50-24.75 (letzte Börsen 22.50-24.50), Sommergerste 18.50-20 (17.75-19.75), Wintergerste 16.50-17.75 (16.50-17.50), Roggen 21.50-22.50 (amt), Hafer 14-15.50 (14-15), Weizenheu 5-5.50 (amt), Kleberheu 5.50-6.50 (amt), drahtgepresstes Stroh 3.50-4.25 (amt), Weizenmehl Spezial 0 37.50-39 (37.25 bis 37.75), Brautmehl 29.50-30 (29.25-29.75), Reis 8.50-9 (8.25 bis 8.75) RM.

Wirtschaftliche Rundschau

Industrie
Adam Opel Aktiengesellschaft Rüsselsheim
Den Ausführungen in einer Aufsichtsratsitzung der Adam Opel Aktiengesellschaft Rüsselsheim am 18. Jan. entnehmen wir, daß es der Gesellschaft gelungen ist, ihre Belegschaft mit annähernd 6000 Arbeitern und Angestellten über den Winter durchzubringen. Seit dem 4. Januar wird pro Woche wieder 5 Tage ungekürzt gearbeitet. Trotz der Wirtschaftskrise und des allgemeinen abgleitenden Abwärtens im Jahre 1931 ist es der Adam Opel A.G. gelungen, nicht nur ihren prozentualen Anteil am Gesamtabsatz der deutschen Automobilindustrie im Jahre 1931 weiter zu steigern, sondern auch überhaupt eine höhere Zahl von Opelwagen abzugeben als im Jahre 1930. Die Steigerung des Absatzes über die Vorjahresfrist hinaus, ist im wesentlichen auf die Steigerung des Exports zurückzuführen. Dies ist umso erfreulicher, als der dauernd steigende Export von deutschem Material und deutscher Arbeit durch die Firma Opel ein beachtliches Aktivum für die deutsche Handelsbilanz darstellt.

Deutsche Margarineausfuhr gestiegen
Trotz der schweren Krise hat die Margarineausfuhr Deutschlands eine sprunghafte Bewegung aufwärts gemacht. Der Exportüberschuß ist von 4 Millionen im Jahre 1930 auf 13 Millionen 1931 gestiegen. Die starke Steigerung der deutschen Margarine-Ausfuhr war im Jahre 1931 in erster Linie großen Käufen Sowjetrusslands zuzuschreiben, das in den ersten elf Monaten 774 Tonnen Margarine aus Deutschland bezogen hat und damit in den Vordergrund der Absatzländer gerückt ist. Auch die Tschechoslowakei hat in letzter Zeit als Absatzmarkt stark an Bedeutung gewonnen. Daneben hat auch das Saargebiet ein starkes Wachstum aufzuweisen, während Holland und Litauen, die früheren guten Exportländer, stark zurückgegangen sind.

1931. Ein Rekord in Konkursen
Ein Bild über die Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise auf die deutsche Wirtschaft gibt der Rißerstand der Konkurse. Hatte bereits 1930 mit 1149 Konkursen und 7191 Vergleichsverfahren nahe an das Schreckensjahr 1926 (12208 Konkurse, 7843 Vergleichsverfahren) herangerückt, so stieg das Jahr 1931 mit 13588 Konkursen und 8365 Vergleichsverfahren einen neuen Rekordstand dar. Die Zahl der eröffneten Konkurse hat gegenüber 1930 um 17 Prozent, die der eröffneten Vergleichsverfahren um 30 Prozent zugenommen. Dazu kommen noch ca. 1935 mangels Masse abgelehnte Anträge auf Eröffnung eines Konkursverfahrens.

Serial der Diamanten-Industrie
Die Hauptförderstellen haben die Deutung von Kohlestein eingestellt. London und Kapstadt haben versucht, die Preise für rohe Diamanten zu halten. Man ist deshalb übereingekommen, am Goldfund festzuhalten. Die Frage ist, wie lange das noch möglich sein wird. Heute schon ist offensichtlich, daß das Abweichen Südafrikas vom Golde die ganze Diamanten-Industrie zum Erliegen bringen möchte. Der Rückgang im Verbrauch liegt auf der Hand. Ungeheuer sind die Bestände an Rohdiamanten, die bei den Erzeugern vorliegen. Sie dürften insgesamt auf 30 Millionen Goldfund ihrem Werte nach geschätzt werden.

Landwirtschaft
Streisand auf dem Viehmarkt
Die Rinderbewertung der gesamten Viehhaltung zeigt sich am besten in einem Vergleich der Ritzzahlen mit dem Anfang des Jahres 1931. Bei den Rindern ist in dem genannten Zeitabschnitt eine Rinderbewertung um 15 Mark je Zentner, d. h. also fast um 30 Prozent, bei den Kühen um 15 Mark = 25 Prozent, bei den Bullen um 40 Prozent, den Färsen

um 19 Mark oder 35 Prozent, bei den Kälbern um 20 Prozent, bei den Schafen um 30 Prozent und endlich bei den Schweinen um 28 Prozent festzustellen. Einer der Hauptgründe des starken Preisrückganges liegt in den günstigen Futtermittelverhältnissen, die es auch ungünstiger liegenden Gebieten erlauben, Mindestviehstand und besonders Schweinefleisch zu treiben. Deutschland hat heute den Viehstand von 1914 weit überholt.

Soll das deutsche Kraftfahrwesen endgültig erdroffelt werden?

Treibstoffpreis-Skandal

Arbeiten Regierung und Großkapital Hand in Hand? Seit Jahren leidet die deutsche Kraftverkehrswirtschaft unter zu hohen Treibstoffpreisen. Während die führenden Verbände einen erbitterten Kampf gegen die preistreibende Tätigkeit der Betriebsstoff-Konvention führen, verbünden sich Regierung und Großkapital zu einem neuen und vernichtenden Schlag gegen das deutsche Kraftfahrwesen.

Dieselben Regierungskreise, die bisher ihre Unterstützung versagten, als die Verbraucher die Sprengung der Betriebsstoff-Konvention forderten, helfen jetzt die Errichtung eines Treibstoff-Monopols fördern. Die Schaffung eines Einheits-treibstoffes bedeutet nämlich letzten Endes nichts anderes als die Einführung eines Monopols für Kautreibstoffe überhaupt.

Seit Jahresfrist schon wird das deutsche Kraftfahrwesen von der Gefahr eines Treibstoff-Monopols bedroht. Die Regierungskreise erklärten auf Anfragen immer wieder, man wende nicht an die Schaffung einer solchen Einrichtung.

Will jetzt das Reichswirtschaftsministerium seine Hand dazu bieten, die Einführung des Treibstoff-Monopols auf indirektem Wege voranzutreiben?

Die Subvention der Groß-Industrie auf Kosten des Kraftfahrwesens anlässlich der Jollaufforderungen ist noch nicht in Vergessenheit geraten. Die von den Verbrauchern dagegen vorgebrachten Proteste wurden mißachtet. Jetzt scheint man auch davor nicht zurück, durch die der breiten Öffentlichkeit weniger gefährlich erscheinende Schaffung eines Einheits-treibstoffes gewisse Wirtschaftszweige zu privilegieren und dadurch Gefahren für die deutsche Kraftverkehrswirtschaft heraufzubeschwören, die nicht nur ihre weitere Drosselung, sondern ihre Vernichtung bedeuten müssen.

Die Einführung des Einheits-treibstoffes ist gleichbedeutend mit Ausschaltung der freien Konkurrenz und hat praktisch eine bisher nicht gekannte Preisstabilität auf dem deutschen Treibstoffmarkt zwangsläufig zur Folge.

Was für die Verbraucher und für unsere Volkswirtschaft überhaupt ein Monopol dieser Art zu bedeuten pflegt, zeigen am deutlichsten die durch das Branntwein-Monopol herauf-

beschworenen Verhältnisse in der deutschen Spirituswirtschaft. Ebenso wie das Branntwein-Monopol wird auch das Treibstoff-Monopol auf Kosten der Verbraucher und des Reichsfinanzen d. h. zum Schaden der heuerzahlenden Allgemeinheit einen eng begrenzten Kreis von Produzenten subventionieren. Nicht Abbau, sondern Aufbau der Liebesgaben-Wirtschaft scheint demnach die Lösung zu sein.

Die Schaffung eines Treibstoff-Monopols verschlechtert nicht zuletzt auch die Aussichten auf Einführung einer gerechteren Kraftfahrzeugsteuer durch wenigstens teilweise Beseitigung der jetzigen Vorkaufsteuer. Der ADAC protestiert als der größte deutsche Kraftfahrzeughalter-Verband im Namen der deutschen Kraftfahrer gegen derartige Wirtschafts-Experimente.

Die am Sonntag, den 21. Januar 1932, in Berlin stattfindende Hauptversammlung des ADAC wird öffentlich gegen Verwahrung einlegen, daß ein Wirtschaftszweig von der Bedeutung der Kraftverkehrswirtschaft durch eine beispiellose Subventions-Politik der Vernichtung preisgegeben werden soll.

Letzte Nachrichten

Berlin, 18. Jan. Wie Direktor Stolz-Sarrafani telefonisch aus Antwerpen seinem in Berlin weilenden Verwaltungschef Guldener mitteilt, hat nunmehr die gerichtliche Untersuchung ergeben, daß als Ursache der Brandkatastrophe nicht fahrlässige Brandstiftung, sondern wahrscheinlich Brandstiftung anzunehmen ist.

Paris, 18. Jan. Die Aufklärungsarbeiten an der Unglücksstätte in der Nähe des Bahnhofs St. Just, wo gestern der Perlenanzug Paris-Abbeville entgleiste, haben die ganze Nacht ange dauert. Bisher sind 11 Leichen geborgen. Man glaubt, daß damit die Zahl der Opfer abgeklärt sei. Zwei von den Toten konnten noch nicht identifiziert werden. Unter den Todesopfern konnten sich auch zwei Lehrerinnen. Die beiden Gleise der Strecke Paris-Miens sind gesperrt.

Cannes, 18. Jan. Blättermeldungen zufolge sind an der Meeresküste seit Beginn dieses Jahres nicht weniger als neun Leichen gefunden worden, bei denen es sich offensichtlich um Opfer von nicht geklärten Verbrechen handelt. Diese Tatsache hat eine gewisse Beachtung hervorgerufen und veranlaßt die Polizei dieses Teiles der Riviera in lebhafter Tätigkeit. In allen Fällen weisen die angeführten Leichen schwere Wunden auf und die Identifizierung der Opfer begegnet großen Schwierigkeiten, da aus den Kleidern der Toten alle Papiere entfernt waren.

London, 18. Jan. Nordwestlich von Manchester wurden in den frühen Morgenstunden des Samstag fünf ziemlich heftige Erdstöße verspürt, die auf Erdverschiebungen zurückzuführen sind. Die Häuser erzitterten und Geschirf fiel von den Kaminsimsen. Auch einiger Sachschaden ist zu verzeichnen.

Konzert und Theater

Vom Hoftheater Neuenbürg

Neuenbürg, 18. Januar 1932

„Die Zirkusprinzessin“. Operette von Emmerich Kalman
Eine alte Operette mit neuer Jugkraft. Geschickt hat der Spielleiter Kengstl in das romantische Milieu der fahrenden Welt den Duft und Reiz jüdischer Kunst gemengt. Auch die Revue-Ansätze der Tanzbilder sind gut gewählt. Arthur Jaff, der an Stelle Holders die musikalische Leitung hatte, gab Kalmans Zirkusmusik mitreißenden Schwung und die Bühnenbilder von Ludwig Bey schufen den Rahmen zum guten Gelingen. Der Inhalt der Operette ist wohl zu bekannt, als daß eine Wiedergabe nötig erschiene. Der geheimnisvolle Ritter X, der Todespringer des Zirkus Stanislawski, beherrscht als Spannungs- und Handlungsbildung bis zum „happy end“ Fritz Frank konnte in dieser Bombenrolle wieder einmal den Hauptteil des reichen Beifalls ernten. Die glanzvolle Wiedergabe der Lieder „Zwei Mädchenaugen“ und „Einmal im Leben“ gehört mit zum Besten, was man bisher in Neuenbürg von ihm gehört. Lisa Kraib (Fedora) hatte noch etwas unter Erkrankung zu leiden, bot aber trotzdem neuen Franz von der besten Leistung des Abends. Grete Jadora (Miß Nabel) war in Geliebte, doch erreichte ihr Partner nicht immer die Großartigkeit des in der Inszenierung Gezeigten. Willy Moog (Belikan) setzte dem letzten Teile des Abends die Krone auf und Curt Müller (Prinz Sergius), Lichtweiß, Konner, Schoderböck, Nech und all die anderen, Tilly Sal und die Sechse „im Spigenhauch“ nicht zu vergessen, zeigten sich von der besten Seite ihres Könnens. Es gab viele „Vorhänge“, viele Blumen und vielen, vielen Beifall. Für die Festtagszeit dürfte die „Zirkusprinzessin“ ihre Jugkraftigkeit bewahren. fw.

Geschäftliches

Eine wirkliche Grippeerkrankung ergibt die Hausfrau gerade auch in der heutigen schweren Zeit durch Verwendung der althergebrachten Naggivörse. Wo bei dem bescheidenen Wirtschaftsgeld an den nötigen Zutaten gespart werden muß und die Stützen, Sofen und Gemäße gleichwohl den gewohnten Wohlgeschmack erhalten sollen, wirkt Naggi's Würze Wunder. Wenige Tropfen genügen. — Beim Einkauf von Naggi's Würze erhalten Sie, wie auch auf alle anderen Naggi-Produkte, Gutscheine. Legere gibt es auch beim Nachfüllen in das kleine Naggi-Gläschen. Vergessen Sie nicht, sich die Gutscheine von Ihrem Kaufmann ausbändigen zu lassen. Fleißiges Sammeln wird seitens der Naggi-Gesellschaft durch wertvolle Prämien belohnt.

Oberamt Neuenbürg.

Bekanntmachung

der für die Wahlen zur Landwirtschaftskammer zugelassenen Wahlvorschläge.

Die Landeswahlkommission hat in ihrer Sitzung vom 15. ds. Mts. nachstehende

Wahlvorschläge

zu der am 21. Januar ds. Jz. stattfindenden Landwirtschaftskammerwahl für gültig erklärt:

Wahlbezirk III, umfassend die Oberamtsbezirke Walingen, Calw, Freudenstadt, Herrenberg, Horb, Münsingen, Nagold, Neuenbürg, Oberndorf, Reutlingen, Rottenburg, Rottweil, Spaichingen, Sulz, Tübingen, Tuttlingen und Urach:

A. Für die Wahlen der Landwirte.

1) Wahlvorschlag „Landw. Hauptverband Württemberg und Hohenzollern G. B.“.

1. Siegel, Ernst, Gutspächter in Vöhringen O. A. Oberndorf.
2. Mangold, Paul, Landesökonomierat, Vorstand der Landwirtschaftsschule in Reutlingen.
3. Eisinger, Albert, Gutspächter in Dohemstein O. A. Rottweil.
4. Adlung, Rudolf, Domänenpächter in Sindlingen O. A. Herrenberg.
5. Dingler, Wilhelm, Gutbesitzer in Calw.
6. Hermann, Jakob, Gutspächter in Dohemmühlingen O. A. Horb.
7. Dietlen, Karl, Landwirt in Tübingen.
8. Braun, Gottlieb, Landwirt und Bürgermeister in Schepfloch O. A. Freudenstadt.
9. Lang, Hermann, Gutbesitzer in Walingen.
10. Schwörer, Johannes, Landwirt und Bürgermeister in Oberkochen O. A. Münsingen.
11. Kleiner, Jakob, Landwirt in Ebdhausen O. A. Nagold.
12. Köhler, Martin, Landwirt und Bürgermeister in Tiefen O. A. Tuttlingen.
13. Treiber, Ernst, Gutbesitzer in Sulz a. N.
14. Jesi, Josef, Landwirt und Bürgermeister in Dürbheim O. A. Spaichingen.
15. Oertag, Jakob, Landwirt in Vöhringen O. A. Urach.
16. Sailer, Max, Landwirt in Rottenburg.
17. Weis, Erich, Gutbesitzer in Ottenhausen O. A. Neuenbürg.
18. Rarguardt, Martin, Landwirt und Bürgermeister in Hirtheim O. A. Tuttlingen.
19. Fric, Karl, Landwirt in Vöhringen O. A. Sulz a. N.

b) Wahlvorschlag „Komitee werktätiger Bauern“.

1. Gädle, Melchior, Bauer in Simmshausen O. A. Calw.
2. Brunet, Wilhelm, Bauer und Gemeinderat in Degerloch O. A. Tübingen.
3. Dandte, Johann Georg, Bauer in Ebdhausen O. A. Nagold.
4. Hauber, Ernst, Bauer und Gemeinderat in Niederich O. A. Urach.
5. Soos, Ulrich, Bauer in Reubausen O. A. Tuttlingen.
6. Stehle, Karl, Bauer in Spaichingen.
7. Kall, Gottfried, Bauer in Unterjesingen O. A. Herrenberg.
8. Wader, Friedrich, Bauer in Eningen O. A. Reutlingen.

B. Für die Wahlen der landw. Arbeiter.

a) Wahlvorschlag „Deutscher Landarbeiterbund, Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer, Landw. Hauptverband“.

1. Arnold, David, Waldarbeiter in Toubach O. A. Freudenstadt.
2. Desterlen, Georg, Forstwärter in Unterjesingen O. A. Herrenberg.
3. Theurer, Georg Adam, Waldarbeiter in Zimmern O. A. Nagold.
4. Haas, August, Waldarbeiter in Calmbach O. A. Neuenbürg.
5. Reiffeler, Friedrich, Waldarbeiter in Sobdeltal O. A. Nagold.

b) Wahlvorschlag „Einheitsliste der Land-, Forst- und Gärtnereiarbeiter“.

1. Koh, Ernst, Holzhauser in Freudenstadt.
2. Hauser, Fritz, Holzhauser in Freudenstadt.
3. Zuhle, Anton, Landarbeiter in Lüttnau O. A. Tübingen.

Bei der Abstimmung haben sich die Wähler für einen der vorstehenden als gültig erklärten Wahlvorschläge zu entscheiden. Personen, die auf keinem der im Wahlbezirk aufgestellten und für zulässig erklärten Wahlvorschläge stehen, können nicht gewählt werden; ihre Namen werden auf den Stimmzetteln getrichen. Auch dürfen auf einem Stimmzettel nicht Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen enthalten sein. Dagegen ist es den Wählern gestattet, innerhalb der zulässigen Gesamtstimmzahl den von ihnen gewählten Bewerber durch Wiederholung der Namen oder Verfügen von Zahlzeichen bis zu 3 Stimmen zu geben.

Auf den Stimmzetteln der Landwirte dürfen im III. Wahlbezirk nicht mehr als 12 Bewerber und auf den Stimmzetteln der landw. Arbeiter nicht mehr als 3 Bewerber enthalten sein. Enthält der Wahlvorschlag für den sich der Wähler entschieden hat, mehr Namen, so hat er diejenigen, die er auf seinen Stimmzettel setzen will, aus dem im Wahlvorschlag enthaltenen Namen auszuwählen bzw. die Namen der Bewerber, die er nicht wählen will, auf dem Wahlvorschlag zu streichen.

Die Bürgermeisterämter werden angewiesen, vorstehende Wahlvorschläge unverzüglich in den Gemeinden ortsbekannt zu machen.

Den 18. Januar 1932.

Landrat v. e. m. p.

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Mittwoch den 20. Januar, vorm. 10 Uhr in Feldbrennach ein Kind;

in Conweiler um 13 Uhr ein Leiterwagen.

Zusammenkunft jeweils beim Rathaus.

Gerichtsvollzieherstelle Herrenalb.

„Der Enztäler“
darf als Heimatblatt in keiner Familie fehlen

Besuchskarten

liefert in gediegener Ausführung rasch und preiswert

C. Meeh'sche Buchdruckerei
Verlag „Der Enztäler“
Neuenbürg - Tel. 404

Die glückliche Geburt eines kräftigen Mädchens zeigen an
Dr. med. Härlin und Frau.
Neuenbürg, 18. Januar 1932.

Dr. Hanebuth Herrenalb
vom 21. Januar bis 7. Februar
verreist

Ischias, Hexenschuss, Gliederreissen, Neuralgie, Rheuma, (Nervenschmerzen), Gicht!
Gern teile ich kostenlos ein einfaches Mittel mit, das mir und zahlreichen Patienten in kurzer Zeit half. Ueber 4000 Dankbriefe. (Ich verkaufe nichts.)
Krankenschwester Margret Heber, Wiesbaden A 209.

Forstamt Calmbach.
Besuche von Nadelstammholz
Aus Staatswald Eiberg Aht. Schloßkopf, Schloßbrunn, Partgrund, Winkelskopf, Reichertschlange wird die sofortige Besuche von 255 Festmetern Nadelstammholz zum Lohnschnittwerk in Höfen gegeben. Näheres kann auf der Forstamtskanzlei gefragt werden. — Schriftliche Angebote sind bis Freitag, 22. Januar 1932, vormittags 11 Uhr, beim Forstamt einzureichen.

Neuenbürg.
Morgen
Schlachtpartie bei Wolfinger z. „Rose“.
Neu eingetroffen:
Gaiel- und Sapp-Karten
C. Meeh'sche Buchdruck.
Birkenfeld.
Zu vermieten
sommerliche
3 Zimmer-Wohnung.
Baumgartenstraße 27.
Holzkaufzettel
vorrätig in der
C. Meeh'schen Buchdruck.

